

**HESSISCHER LANDTAG**

02.12.99

*Dem Haushaltsausschuss
überwiesen***Änderungsantrag****der Fraktionen der CDU und der F.D.P.****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen
für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000) und zur
Änderung anderer Rechtsvorschriften**

- Einzelplan 18 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 18 05 Bauten im Bereich des Ministeriums der Justiz
Titel 723 08 Justizbehörden Kassel - II. Bauabschnitt -

Der o.g. Titel wird als Leertitel ausgebracht.

Die Kasseler Justizbehörden haben akute Raumprobleme. Schon bald nach dem Einzug in die neuen Gebäude Frankfurter Straße 9 und 11 im November 1997 erwiesen sich diese als zu klein. Der Raummehrbedarf wurde mit rund 11.800 qm ermittelt und vom Ministerium der Finanzen genehmigt. Mit dem ersten Bauabschnitt wurde am 17. März 1997 (1. Spatenstich) begonnen. Er wird einen Raumgewinn von ca. 6.000 qm Hauptnutzfläche (HNF) bringen. Die Bauplanung sieht zu Vermeidung von Leerständen nach Fertigstellung des Gebäudes an der Hugenottenstraße (I. Bauabschnitt) den sofortigen Beginn des II. Bauabschnitts im Jahre 2000 vor. Der hier betroffene II. Bauabschnitt (Kosten 60 Mio. DM, Bauzeit 2000 - 2005) ist wie folgt untergliedert:

- Umbau, Anbau und Aufstockung des Gebäudes Frankfurter Straße 11 (für das Amtsgericht)
- Umbau, Aufstockung und Sanierung des Gebäudes Frankfurter Str. 9 (für die Staatsanwaltschaft)
- Neubau Verbindungshalle (für das Amtsgericht),

Die Maßnahme hat für den Justizstandort Kassel große Bedeutung und daher hohe Priorität. Sie dient der Beseitigung der akuten Raumnot der Justizbehörden Kassel sowie der Aufgabe sämtlicher Mietobjekte.

Die Kosten des II. Bauabschnitts, für die der Leertitel beantragt wird, werden auf 60 Mio. DM geschätzt.

Wiesbaden, 1. Dezember 1999

**Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende
Kartmann****Für die Fraktion der F.D.P.
Der Fraktionsvorsitzende
Hahn**